



Eine gute Rente für alle – ist das möglich?

Nachricht von Nicole Gohlke, Matthias W. Birkwald, 14. Juli 2017

Christian Oberthür berichtet von der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema Rente und Altersarmut am 13. Juli in München

Knapp 90 interessierte und einige selbst von geringer Rente und Altersarmut betroffene Bürgerinnen und Bürger aus München nahmen am 13. Juli an der Veranstaltung der Linksfraktion unter dem Titel „Nein zu Altersarmut – Gute Rente für alle!“ im DGB-Haus teil. Um Ursachen und politische Wege aus der Altersarmut zu diskutieren, hatte Nicole Gohlke, Münchner Bundestagsabgeordnete, fachkundige Referentinnen und Referenten eingeladen.

Dr. Verena Di Pasquale, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Bayern, stellte das Rentenkonzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor: Das Rentenniveau soll zunächst bei 50 Prozent stabilisiert und dann langfristig wieder zu erhöhen werden. Der DGB möchte außerdem erreichen, dass auch Ein-Euro-Jobs ab dem ersten Euro versicherungspflichtig sind. Leistungen wie die

Mütterrente und die Ost-West-Angleichung der Rente müssen steuerfinanziert werden.

Prof. Dr. Thomas Beyer, Landesvorsitzender der AWO, setzt sich vor allem für höhere Löhne und eine Stärkung der Tarifbindung ein. Beides ist für ihn der beste Schutz gegen Altersarmut. Auch Beyer spricht sich für die Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung aus. Riester hat für ihn keine Zukunft und die Betriebliche Altersvorsorge trägt im Moment nur 1,7 Prozent zum Bruttoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner bei.

Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN im Bundestag, betonte, dass es beim Konzept der LINKEN für eine bessere gesetzliche Rente viele Übereinstimmungen mit dem des DGB gibt. Auch DIE LINKE will das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben, und alle Menschen mit Erwerbseinkommen, egal ob Beamte, Politiker/innen, Selbstständige oder abhängig Beschäftigte sollen in die Gesetzliche Rente einzahlen. Dazu fordert DIE LINKE eine Mindestrente von 1.050 Euro und ein reformiertes Wohngeld, mit dem auch Mieten in Ballungsräumen bezahlt werden können. Ein Durchschnittsrentner mit 45 Arbeitsjahren würde nach dem Modell der LINKEN heute eine um fast 140 Euro höhere Rente von 1.535,41 Euro beziehen und müsste dafür monatlich nur 32 Euro mehr Beitrag bezahlen. Gleichzeitig spart er jedoch die private Vorsorge.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde vor allem auch das österreichische Modell positiv diskutiert. Hier konnte eine starke gesetzliche Rente verteidigt werden, weil dafür Druck aus der Bevölkerung vorhanden war.

